



21. Juni 2017: Die DGB-Jugend trifft Vertreter_innen der Parteien im Bundestag zur Diskussion im Livestream (siehe Seite 3)

Foto: Simone M. Neumann

Heiß diskutiert

Berufliches Lernen, Staat, Ausbildungsreport: Die neuen Beschlüsse des DGB-Bundesjugendausschusses.

Auf seiner Sitzung am 21. und 22. Juni 2017 hat der DGB-Bundesjugendausschuss Beschlüsse zu den Themen G20, Qualität der Berufsschule und zum Ausbildungsreport gefasst. Darüber hinaus wurde über Standpunkte, die das Verhältnis zwischen Staat und Gewerkschaften beleuchten und die infolge der letztjährigen Sommerakademie entwickelt wurden, abgestimmt.

Die Beruflichen Schulen werden unterschätzt, dabei sind sie Orte der Vielfalt, der Chancengleichheit und ein wichtiger sozialer Faktor: Sie bieten Schüler_innen die Möglichkeit, die gesamte Breite an Bildungsabschlüssen zu erwerben und leisten wertvolle Integrationsarbeit. Die DGB-Jugend fordert daher u. a. deutlich höhere Investitionen im Bereich der beruflichen Bildung. Angefangen bei der Bausubstanz, über eine zeitgemäße technische Infrastruktur bis hin zu Programmen für digitales Lernen sind Ausgaben notwendig. Die Lehrkräfte müssen gute Arbeitsbedingungen vorfinden. Und auch die Mitbestimmung der Schüler_innen ist zu stärken.

Was halten wir eigentlich vom Staat? Im August 2016 fand die Sommerakademie der DGB-Jugend statt, nun konnte das dazugehörige Papier verabschiedet werden. Darin geht es um

das Verhältnis der Gewerkschaftsjugend zur Steuer- und Verteilungspolitik und zu Fragen der Sicherheit.

Darum geht es: Eine solidarische und gerechte Gesellschaft ist kein Selbstläufer, sondern unterliegt ständigen Veränderungsprozessen und braucht einen stabilen, transparent ausgehandelten gesetzlichen Rahmen. Insbesondere hat der Staat die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen (Gesundheit, Energie, Wasser, Mobilität). Er ist für Sicherheit verantwortlich: Aus DGB-Jugend-Sicht ist daher dafür zu sorgen, dass der öffentliche Dienst über ausreichend Personal und Ausrüstung verfügt. Und er muss Schutz vor ungezügelter Wettbewerb bieten, gute soziale Leistungen bereitstellen und den Zugang zu kostenloser Bildung gewährleisten.

Auch ihr Verhältnis zur Bundeswehr hat die DGB-Jugend diskutiert. Wie bisher lehnt die Gewerkschaftsjugend den exklusiven Zugang der Bundeswehr zu Schulen im Rahmen des Jugendoffiziersprogramms ab.

Der Ausbildungsreport 2018 wird das Thema Arbeitszeit in der Ausbildung behandeln. »Wir werden einen Blick auf Überstunden, Erreichbarkeit und die Zeit zum Lernen werfen«, sagt DGB-Jugend-Ausbildungsexpertin Anna Leona Gerhardt. ▀

Die Beschlüsse sind auf der Website <http://jugend.dgb.de/-/IEr veröffentlicht>.

Ausgabe Juli 2017

inhalt

3 thema

Das war der Polit-Talk

4 schule, ausbildung, studium & beruf

Die Reform der Pflegeausbildung
Unsere Tipps für Ferienjobs

5 jav-ratgeber

Die Krankschreibung und die JAV

6 projekte

PlanB auf dem Bau und bei der ver.di-Jugend

7 bezirke + gewerkschaften

Bayern: Die Abschiebung eines Berufsschülers

Gute Arbeit und Bildung



Unter dem Titel »Jetzt gerecht – Du hast die Wahl!« macht der DGB seine Anforderungen zum Thema »Gute Arbeit für alle« klar:

Wir brauchen mehr Tarifbindung und bessere Mitbestimmung.

Was zum Thema Bildung angesagt ist, lässt sich im Faltblatt »Gute Bildung für alle« nachlesen: von Ganztagsplätzen in Kitas bis zu einem Weiterbildungsgesetz.

Zu bestellen auf www.dgb-bestellservice.de

Selbstständige Studis



Selbstständig ist, wer Dienstleistungen für verschiedene Auftraggeber erbringt und Rechnungen schreibt. Die überarbeitete Broschüre der DGB-Jugend ist für Studierende gedacht, die selbstständig tätig sind. Sie enthält viele Tipps für den studentischen Alltag und wichtige Adressen.

<http://jugend.dgb.de/broschueren>

Die Schere klappt auf

Einkommensverteilung // Die OECD warnt vor gesellschaftlicher Spaltung durch eine Einkommenskluft in bisher nicht bekanntem Ausmaß. Das durchschnittliche verfügbare Einkommen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung stieg im OECD-Raum auf das über Neunfache des Einkommens der ärmsten zehn Prozent.

Der Anteil der Jobs für Arbeitskräfte mit mittlerer Qualifikation fiel im Durchschnitt der 35 OECD-Staaten zwischen 1995 und 2015 um 9,5 Prozentpunkte. Dafür gibt es mehr Jobs für Hoch-, aber auch für Geringqualifizierte.

In Deutschland sank der Anteil der durchschnittlich qualifizierten Jobs um rund 8,2 Prozent – der der hochqualifizierten stieg um 4,7, der der niedrigqualifizierten um 3,4 Prozent.

www.oecd.org/berlin/

20.000 Euro

Nahles schlägt vor // Bundesarbeitsministerin **Andrea Nahles** (SPD) tritt für ein persönliches Erwerbstätigenkonto mit 20.000 Euro Guthaben für jeden Erwachsenen beim Start ins Arbeitsleben ein. Einkommensausfälle bei Qualifizierung, Existenzgründung oder ehrenamtlichem Engagement sollen so kompensiert werden können. Die Erwerbstätigen können dann selbst entscheiden, wofür sie das Geld nutzen. Möglichkeiten zur Selbstbestimmung könnten so geschaffen werden, sagt Nahles. Durch tarifvertragliche Regelungen könnte das Guthaben auch aufgestockt werden.



Soli aktuell sagt: Coole Sache! Aber wieso nur am Anfang? Die Summe kann man doch jeden Monat gebrauchen...

Die BA im Juni

Die Ausbildungsstatistik // Bundesweit haben sich bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) 488.702 Bewerber_innen für einen Ausbildungsplatz gemeldet. Das sind 1.825 mehr (+0,4 Prozent) als im Vorjahresmonat. Den gemeldeten Bewerber_innen steht ein Angebot von zurzeit 495.857 gemeldeten Ausbildungsstellen gegenüber (davon 487.174 betriebliche Ausbildungsstellen). Das sind 1.345 Stellen (+0,3 Prozent) mehr als im Vorjahresmonat.

DGB-Jugend-Ausbildungsexpertin **Anna Leona Gerhardt** kritisiert das Zahlenwerk: »Die BA zählt 38.338 Bewerber_innen im alternativen Verbleib (>Bewerber mit Alternative zum 30.9.<) und weitere 105.900 »andere ehemalige Bewerber« als versorgt, obwohl diese eigentlich eine Ausbildung beginnen wollen.« Die DGB-Jugend stellt fest: Zusammen mit den offiziell als unversorgt zählenden Bewerber_innen haben deutschlandweit 336.382 gemeldete Bewerber_innen bisher noch keinen Ausbildungsplatz bekommen.

<http://jugend.dgb.de/ausbildungsstellenmarkt>



A.-L. Gerhardt

Erstmals an berufliche Schule

Deutscher Schulpreis // Der mit 100.000 Euro dotierte Deutsche Schulpreis geht in diesem Jahr zum ersten Mal an eine berufsbildende Schule. Die Elisabeth-Selbert-Schule in Hameln wurde für »das dichte Geflecht aus passgenauer pädagogischer Förderung und Fürsorge« prämiert. Annähernd 2.000 Schüler_innen lernen an der Elisabeth-Selbert-Schule. Sie kommen aus 34 Nationen; unter ihnen sind Geflüchtete sowie Insassen der größten Jugendstrafanstalt Deutschlands. Die angebotenen Bildungswege sind vielfältig, die Schüler_innen können sich in Agrarwirtschaft, Ernährungswissenschaften, Altenpflege, Heilpädagogik oder Kosmetik ausbilden lassen. Vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur sind alle Abschlüsse möglich.

Achtung: Mehr zum Thema Berufsschule gibt es im diesjährigen Ausbildungsreport der DGB-Jugend (erscheint am 31. August 2017).

www.ess-hameln.de

BAföG schnell erhöhen

Sozialerhebung des Studentenwerks // Verschiedene DGB-Gewerkschaften haben die politischen Parteien aufgefordert, sofort nach der Bundestagswahl eine BAföG-Erhöhung um mindestens zehn Prozent auf den Weg zu bringen und die Ausbildungsförderung umfassend zu reformieren. Sie reagierten damit auf die Ergebnisse der neuen Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, die im Juni 2017 in Berlin vorgestellt wurde.

Weil die staatliche Studienfinanzierung verkümmert, müssen immer mehr Studierende jobben. Nur noch 15 Prozent aller Studierenden erhalten Leistungen nach dem BAföG. GEW, ver.di und IG Metall sowie der DGB und die DGB-Jugend hatten im Februar 2017 einen »Alternativen BAföG-Bericht« vorgelegt.

www.studentenwerke.de/de/content/sozialerhebung-des-deutschen-studentenwerks

Unicef ruft auf

Rechte junger Menschen // Rund 100 Tage vor der Bundestagswahl ruft Unicef Deutschland die Parteien dazu auf, sich für das Recht aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland auf faire Teilhabe einzusetzen.

In einer Analyse warnt der Wissenschaftler **Hans Bertram** davor, dass ein signifikanter Teil von Kindern in Deutschland dauerhaft abgehängt wird. So leben in manchen Städten im Ruhrgebiet oder in Berlin zwischen 30 und 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Hartz-IV-Haushalten. Und Kinder von Alleinerziehenden tragen ein doppelt so hohes Risiko relativer Armut wie ihre Altersgenossen in Familien mit beiden Elternteilen.

Unicef-Deutschland-Chef **Jürgen Heraeus**: »Wir brauchen eine politische Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden, um die Teilhabe benachteiligter Kinder zu stärken. Jedes Kind braucht faire Chancen, ganz gleich, in welcher Form von Familie es aufwächst.«

Lohnlücke wegputzen

Tag der Gebäudereinigung // Die IG BAU hat zum »Tag der Gebäudereinigung« am 15. Juni 2017 insbesondere von den Ost-Arbeitgebern mehr Respekt für ihre Beschäftigten gefordert. Die haben im vergangenen Jahr eine bereits 2011 getroffene Vereinbarung zur Angleichung der Ost- an die West-Löhne bis 2019 ohne sachlichen Grund gekündigt. Die IG BAU wirft ihnen



vor, seit 27 Jahren an den Löhnen zu sparen. Immer noch besteht zwischen Ost (Mindestlohn 9,05 Euro/Stunde) und West (zehn Euro) eine Lohnlücke von gut zehn Prozent. Die Vorsitzende der IG BAU-Bundesfachgruppe für die Gebäudereinigung, **Inge Bogatzki**: »Ich will und ich kann es nicht mehr hören: »Ossi« und »Wessi«. Schluss damit!«

Sie will die Angleichung bis 2019, wie bereits vereinbart.

Soli aktuell meint: Richtig so.

www.igbau.de/Gebaeudereinigung.html

Ein Sack voll Murmeln

DGB-Filmpreis 2017 // Der Filmpreis »Die Sinne« des DGB geht in diesem Jahr an den kanadischen Regisseur **Christian Duguay**. Sein Film »Ein Sack voll Murmeln« erhielt vom Publikum des 28. Internationalen Filmfestes Emden-Norderney die beste Bewertung im DGB-Wettbewerb. **Katy Hübner** – Soli-aktuell-Leser_innen noch bekannt als IG BCE-Bundesjugendsekretärin und mittlerweile Bereichsleiterin der EVG-Region Nord – überreichte die Auszeichnung am 11. Juni im Neuen Theater in Emden.



Das Zweite-Weltkriegs-Drama schickt zwei jüdische Jungen durch das von Deutschen besetzte Frankreich, wo sie allen Einfallsreichtum aufwenden müssen, um nicht gefasst zu werden. Der Film startet am 17. August in den deutschen Kinos.

Der mit 7.000 Euro dotierte Publikumspreis wurde zum 20. Mal vom DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt vergeben. Der DGB fördert damit gesellschaftlich in besonderer Weise engagierte Filme.

Soli aktuell ist: eine Kino-Freundin!

<http://niedersachsen.dgb.de/-/nLc>

Ein Talk mit der Politik

Ausbildung, Studium, Umverteilung: Was hält man in den Parteien, die aktuell im Bundestag sitzen, von den PlanB-Forderungen der DGB-Jugend? Antworten gab es beim Polit-Talk am 21. Juni 2017.

Am 24. September ist Bundestagswahl. Zeit, die Parteien zu ihren Vorstellungen für die nächsten Jahre zu fragen. Wie sollen die politischen Rahmenbedingungen für die junge Generation in den nächsten Jahren aussehen – das ist die große Ausgangsfrage.

Am 21. Juni um 18.30 Uhr war Zeit für Antworten. Mitten im politischen Berlin hatten sich auf dem Podium vor der pinken PlanB-Wand prominente Vertreter_innen der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien eingefunden: Dietmar Bartsch (Die Linke), Beate Müller-Gemmeke (Die Grünen), Ralf Stegner (SPD) und Kai Whittaker (CDU).

Das Publikum bestand aus denen, die sich das ganze Jahr mit den Themen junger Menschen beschäftigen: den Mitgliedern des DGB-Bundesjugendausschusses (BJA). Dazu kamen bundesweit über 30.000 Zuschauer_innen, die den Live-Polit-Talk am Handy, am PC oder beim Public Viewing verfolgten und sich rege beteiligten. Sie kommentierten die Veranstaltung über die sozialen Medien und fragten immer wieder in Richtung Politik nach: »Wann wird endlich Equal Pay eingeführt?« – »Wann wird die soziale Arbeit auch endlich aufgewertet?« – »Welche Partei würde sich dafür einsetzen, dass die Bundeswehr nicht mehr an Schulen und Unis werben darf?«, um nur einige Fragen zu nennen.

Ausbildung besser machen, Bildung gerecht gestalten, Umverteilung wagen – das sind die Themen des Forderungspaketes der DGB-Jugend namens PlanB. Kernpunkt: Die Politik muss für korrekte Rahmenbedingungen bei Bildung, Ausbildung und Arbeit sorgen.

Moderatorin Anna-Rebekka Helmy begann die Diskussion auch gleich mit dem ersten Thema. Kai Whittaker (CDU) sah zwar die Notwendigkeit, die Ausbildung besser zu machen. Aber nicht, Veränderungen am Berufsbildungsgesetz (BBIg) vorzunehmen. Die DGB-Jugend fordert vehement eine Reform dieses Gesetzes – so enthält es zum Beispiel bisher keine Regeln fürs duale Studium. Ralf Stegner von der SPD forderte eine Mindestausbildungsvergütung.

Beim BAföG waren alle Politiker_innen der Meinung, dass es noch Verbesserungen geben müsse. Das BAföG müsse an den realen Lebensverhältnissen bemessen werden.

Ein wichtiger Punkt der DGB-Jugend-Forderungen ist die Umverteilung. Der PlanB: Es muss eine Vermögens- und Erbschaftssteuer



Talk mit der DGB-Jugend (v.l.): Ralf Stegner (SPD), Beate Müller-Gemmeke (Die Grünen), Kai Whittaker (CDU) und Dietmar Bartsch (Die Linke)

geben – und vor allem Kapitaleinkünfte müssen mehr besteuert werden. Whittaker sagte, die CDU wolle demnächst den Soli-Betrag für die ostdeutschen Länder abschaffen. Bartsch sagte, er glaube nicht, dass es mit der CDU jemals mehr soziale Gerechtigkeit geben werde. Stegner sagte: »Wir investieren lieber.« In die Bildung zum Beispiel.

Müller-Gemmeke wollte den Finanzmarkt in den Griff kriegen. Dass die Menschen die Banken retten müssten, wenn diese sich komplett verspekulierten, dürfe nicht sein. Sie verwies auch auf die großformatigen Finanzschummeleien der Unternehmen (»Cum-Ex«).

Bartsch machte deutlich, dass es nicht angehe, zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für Rüstung auszugeben, wie es die NATO-Staaten, zu denen Deutschland gehört, zugesichert hätten. »Wir verdienen am Elend anderer Leute«, fasste er die deutsche Militärpolitik zusammen.

Viel Stoff für eine einstündige Debattenrunde! Und wie kam's an? »Man merkt schon, dass die unsere Forderungen gelesen haben«, sagte Matthias Schröder, der für die GEW im BJA sitzt. »Und ich hoffe, sie haben kapiert, dass junge Leute eine relevante Wählergruppe sind.«

Robert Gaudl von der IG Metall sagte, man könne der Politik mit dem Format Internet-Livestream gut beikommen. »Rausreden kann sich dann später auch keiner.« Es gebe einfach zu viele Augen- und Ohrenzeugen.

So geht es weiter

Die DGB-Jugend wird die Veranstaltung aufbereiten – sodass nichts verloren geht. Damit sich die Politiker_innen immer daran erinnern können, was sie im Polit-Talk der DGB-Jugend versprochen haben.

Über ein spezielles Tool auf der DGB-Jugend-Website kann man die Kandidat_innen der Parteien vor Ort finden und auffordern, sich zu den Forderungen der DGB-Jugend zu positionieren. Dort wird auch zu sehen sein, wie viele schon für die Plan-B-Ziele gewonnen werden konnten.

In einer Übersicht wird angezeigt, wofür sich die Kandidat_innen nach der Bundestagswahl einsetzen wollen. Ebenfalls auf der Website gibt es einen Verteilungsrechner, der die ökonomischen Ungerechtigkeiten anzeigt, mit denen die junge Generation in Deutschland zu kämpfen hat. ▀

Wer den Live-Talk verpasst hat, kann sich Aufzeichnung und Fotos auf der DGB-Jugend-Homepage anschauen: <http://jugend.dgb.de>

Das sagen die Abgeordneten

»Die großen Herausforderungen wie der Klimawandel sind nur mit den Grünen zu bewältigen. Nur die Grünen verbinden soziale Gerechtigkeit und Ökologie zu einer nachhaltigen Alternative.«

Beate Müller-Gemmeke (Die Grünen)

»Bildung, gute Arbeit, Chancengleichheit für alle, Rüstung zurückschrauben, ein starkes Europa und gegen Rechts sein: Das geht nur mit der SPD.«

Ralf Stegner (SPD)

»Die Familie ins Zentrum stellen, die Aussicht junger Menschen auf ein kleines Häuschen durch Steuersenkungen für kleine Einkommen, die Digitalisierung gut bewältigen, in ganz Europa für innere Sicherheit sorgen, Afrika entwickeln – das geht nur mit der CDU.«

Kai Whittaker (CDU)

»Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit, Bildung, Steuerreform, Frieden in Europa. Jugendarbeitslosigkeit beenden, Rechtsextreme wirksam bekämpfen, Abrüstung garantieren und Merkel aus der Regierung werfen – das geht nur mit der Linken.«

Dietmar Bartsch (Die Linke)

Nicht mehr als ein Kompromiss

Die Koalitionsfraktionen haben sich auf die Reform der Pflegeausbildung verständigt.

Mit der Einigung der Koalitionsfraktionen im Juni kann das sogenannte Pflegeberufegesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden. Damit könnte das Gesetz 2020 in Kraft treten – ein Jahr später als bisher geplant. Zentral ist, dass sich die Auszubildenden nach zwei Jahren entscheiden können, ob sie die generalistische Ausbildung weiter machen oder sich im letzten Jahr auf Kinderkranken- oder Altenpflege spezialisieren wollen.

Die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD haben sich auch darauf verständigt, dass nach sechs Jahren evaluiert werden soll, wie viele Auszubildende sich spezialisiert haben und wie viele ihren ursprünglichen Berufswunsch während der Ausbildung abgeändert haben.

Aus Sicht der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist eine Reform der Pflegeausbildung überfällig, allerdings ist das neue Pflegeberufegesetz nicht mehr als ein Kompromiss. Positiv sei, dass die Notwendigkeit anerkannt wird, die Abschlüsse in der Gesundheits-, Kinderkranken- und Altenpflege zunächst beizubehalten. Kritisch gesehen wird die vorgesehene Überprüfung der eigenständigen Berufsabschlüsse.

Weiterhin offen seien zudem die Inhalte der geplanten Ausbildungsgänge. »Unbefriedigend ist, dass der angekündigte Entwurf der Ausbildungs- und Prüfungsverordnung vor Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens nicht vorgelegt wurde«, sagt ver.di-Vorstandsmitglied Sylvia Bühler.

Angesichts der großen Bedeutung für die Berufsgruppe hätte ver.di auch eine weitere öffentliche Anhörung zu den umfangreichen Änderungen am Gesetzentwurf erwartet. Einbrü-

che bei den Ausbildungszahlen dürfe es angesichts des hohen Fachkräftebedarfs nicht geben.

Das Pflegeberufegesetz enthält aus Sicht der Gewerkschaft einige positive Ansätze, wie etwa die längst überfällige Schulgeldfreiheit oder Vorgaben zum Umfang der Praxisanleitung. Außerdem ist es laut Bühler ein wichtiges Signal, dass die betriebliche Mitbestimmung sichergestellt wird: »Betriebs- und Personalräte und Jugend- und Auszubildendenvertretungen müssen auch künftig mitreden und mitentscheiden können, wenn es um Fragen der Ausbildungsbedingungen geht.«



Kämpft für eine gute Pflegeausbildung: Sylvia Bühler von ver.di

Foto: Kay Henschelmann

Achtung, Ferienjobs

Die Sommerferien stehen vor der Tür – und für viele Schüler_innen beginnt damit die Zeit der Ferienjobs. Über die Regeln, die für die Ferienarbeit gelten.

Jugendarbeitsschutz

Im Jugendarbeitsschutzgesetz ist geregelt, unter welchen Bedingungen Kinder und Jugendliche arbeiten dürfen.

■ Ferienjobs sind leichte Tätigkeiten. Schwere körperliche oder gefährliche Tätigkeiten sind für Jugendliche verboten. Auch mit Gefahrenstoffen hantieren oder Akkord arbeiten ist untersagt.

■ Bis einschließlich dem 14. Lebensjahr ist Arbeiten eigentlich verboten. Aber: Wenn die Eltern zustimmen, dürfen Kinder über 13 Jahre bis zu zwei, in der Landwirtschaft drei Stunden täglich zwischen 8 und 18 Uhr arbeiten.

■ Wer zwischen 15 und 17 Jahre alt ist, gilt als jugendlicher. Und schulpflichtige Jugendliche dürfen nicht länger als vier Wochen im Jahr in den Ferien jobben.

■ Die Arbeitszeit von acht Stunden am Tag und 40 Stunden die Woche darf nicht überschritten werden, auch nicht der Arbeitszeitraum zwischen 6 bis 20 Uhr. Ausnahmen gelten für Schüler_innen, die bereits 16 Jahre alt sind: Sie dürfen z. B. in Gaststätten bis 22 Uhr und in Mehrschicht-Betrieben bis 23 Uhr arbeiten, allerdings nicht an Wochenenden. Aber auch hier gibt es wieder Ausnahmen. Sportveranstaltungen zum Beispiel.

■ Geregelt sind auch die Ruhepausen von unter 18-Jährigen. Wer viereinhalb bis sechs Stunden am Tag arbeitet, hat Anspruch auf mindestens 30 Minuten Pause. Bei mehr als sechs Stunden sind es 60 Minuten.

Lohn

Mit dem Mindestlohngesetz haben Ferienjobber_innen über 18 Jahre in der Regel Anspruch auf 8,84 Euro je Stunde – auch, wenn es sich um eine geringfügige Beschäftigung handelt. In dem Fall dürfen maximal 51 Stunden im Monat gearbeitet werden.

Für unter 18-Jährige gilt das Mindestlohngesetz hingegen nicht – eine gesetzliche Lücke, die von der DGB-Jugend vehement kritisiert wird. Hier sollte man die Lohnhöhe ganz genau im Blick haben, wenn der Arbeitsvertrag unterzeichnet wird: »Auch Ferienjobs müssen fair bezahlt werden«, fordert DGB-Bundesjugendsekretärin Manuela Conte.

Wenn der Lohn über dem monatlichen Lohnsteuerfreibetrag von 735 Euro brutto liegt, werden Steuern fällig. Sie werden aber im nächsten Jahr erstattet, wenn man beim Finanzamt einen Antrag stellt. Dafür benötigt der Arbeitgeber die elektronische Lohnsteuerkarte (gibt's beim Finanzamt).

Vertrag

Auf jeden Fall sollte man nur mit einem Vertrag in der Hand einen Ferienjob beginnen. Er muss vorher abgeschlossen werden und Aufgaben, Arbeitszeiten und den Lohn regeln.

Junge Zahlen: Engagement

Können sich junge Leute in Deutschland ein Engagement in einer politischen Organisation vorstellen?

78 Prozent der 18- bis 34-Jährigen haben sich bislang nicht in einer politischen Organisation engagiert.

42 Prozent sind durchaus offen dafür.

20 Prozent der jungen Generation haben sich bereits in einer politischen Organisation engagiert.

12 Prozent fanden diese Erfahrung überzeugend.

8 Prozent fanden diese Erfahrung blöd.



Quelle: Studie »Generation What«, 2016

Unfallschutz

Und was passiert, wenn sich einer verletzt? »Schülerinnen und Schüler sind während ihres Ferienjobs bei der Unfallversicherung des Arbeitgebers versichert«, sagt Conte. Dieser Schutz beginnt ab dem ersten Arbeitstag und gilt auch für den Weg zur Arbeit und zurück nach Hause.

Wenn es Probleme gibt

Arbeitgeber, die gegen gesetzliche Bestimmungen verstoßen, müssen mit heftigen Geldbußen rechnen.

Bei Problemfällen wendet man sich an die örtlichen Gewerbeaufsichtsämter oder die Ämter für Arbeitsschutz.

Gelber Schein – auf der Stelle!

Die Mitbestimmung und die Krankschreibung.

Feste feiern, krank feiern

Susanne ist eigentlich ganz nett. Ihre Kenntnisse im Projekt sind unersetzlich. Am Montagmorgen erscheint sie nicht. Wegen »Migräne« hat sie sich bei der Personalabteilung abgemeldet. Sie erscheint im Ausbildungsbetrieb erst wieder am Dienstag.

Lars taucht am Montagmorgen auch nicht auf. Am Mittag meldet er sich, leider mit »Unwohlsein«. Am Sonntagabend wurde er noch in ausgelassener Stimmung auf der städtischen Partymeile gesichtet. Auch er ist am Dienstag wieder da.

Der Großteil Azubis oder Arbeitnehmer_innen, die sich unabhängig vom Werktag kurzfristig krank melden und dann am nächsten Tag wieder erscheinen, haben dafür entsprechende Gründe. In vielen Fällen, wie bei einer Erkältung, ist es nicht nur im Interesse der eigenen Gesundheit, sich erst einmal auszukurieren – womöglich steckt noch einer den ganzen Laden an. Darüber hinaus sind auch viele Betroffene derart beeinträchtigt, dass die reine körperliche Anwesenheit weder ihnen noch dem Betrieb etwas bringt.

Der Arbeitgeber verfügt

Bei kleinen Beeinträchtigungen ist häufig ein Arztbesuch nicht unbedingt erforderlich. Leider gibt es in jedem Betrieb immer den einen oder die andere, die sich relativ häufig für einen oder zwei Tage krankheitsbedingt abmelden. Da kann es passieren, dass der Arbeitgeber bzw. die Personalabteilung von allen verlangt, schon am ersten Tag der Erkrankung eine ärztliche Bescheinigung über die Arbeitsunfähigkeit vorzulegen.

Dürfen das die Arbeitgeber? Wie sieht hinsichtlich einer Krankmeldung überhaupt die Rechtslage aus?

Nach Willen des Gesetzgebers ist jeder Arbeitnehmer verpflichtet, dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit und deren voraussichtliche Dauer unverzüglich mitzuteilen (§ 5 Abs. 1 Satz 1 Entgeltfortzahlungsgesetz, EFZG). Dies gehört zu den zwingend zu beachtenden Pflichten aus dem Vertragsverhältnis – soweit es dem Betroffenen möglich ist.

Sofern die Arbeitsunfähigkeit länger als drei Kalendertage dauert, muss der Azubi/Arbeitnehmer eine ärztliche Bescheinigung über das Bestehen der Arbeitsunfähigkeit – und deren voraussichtliche Dauer – spätestens an dem darauf folgenden Arbeitstag beim Arbeitgeber vorlegen (§ 5 Abs. 1 Satz 2 EFZG). Auch hier muss der Betroffene – sofern er kann – alles tun, um dem Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (»Gelber Schein«) zu übermitteln.

Wichtig: Aus dem EFZG ergibt sich die Berechtigung des Arbeitgebers, die Vorlage des berühmten gelben Scheins früher zu verlangen (§ 5 Satz 3 Abs. 1 EFZG).

Das bedeutet, dass der Arbeitgeber nicht nur von einzelnen Arbeitnehmer_innen verlangen kann, dass diese im Grunde schon am ersten Tag zum Arzt müssen, um sich eine entsprechende Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ausstellen zu lassen und dann dem Arbeitgeber zu übermitteln. Der Chef kann eine derartige Anweisung auch für bestimmte Gruppen wie alle Azubis, für bestimmte Abteilungen oder aber sogar für den gesamten Betrieb geben.

Auch wichtig: Wer die Anzeige- und Nachweispflicht nicht beachtet, muss mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen rechnen – bis hin zur fristlosen Kündigung.



Hinweis: Die Pflicht, die Arbeitsunfähigkeit schon ab dem ersten Tag nachzuweisen, kann sich auch aus dem Arbeitsvertrag selbst, einer Betriebsvereinbarung oder aber einem Tarifvertrag ergeben. Auf die letzteren beiden Rechtsgrundlagen werden mit Sicherheit im Betrieb sowohl Betriebsrat als auch Arbeitgeber hinweisen.

Die Mitbestimmung

Wenn der Arbeitgeber den Schein sofort verlangt, besteht grundsätzlich ein Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. Rechtsgrundlage ist hier der § 87 Abs. 1 Nr. 1 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Danach hat der Betriebsrat in Fragen der Ordnung des Betriebs und des



Der JAV-Ratgeber.
Mit Rechtsanwalt
Wolf-Dieter
Rudolph, Berlin

Verhaltens der Arbeitnehmer_innen im Betrieb mitzubestimmen. Das bedeutet: Der Arbeitgeber braucht die vorherige Zustimmung des Betriebsrats zu dieser Maßnahme.

Und was passiert, wenn der Betriebsrat ignoriert wird? Wenn die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) von einem ihrer Wähler erfährt, dass der Arbeitgeber für die Abteilung, in der die Ausbildungsstation absolviert wird, einseitig eine Nachweispflicht vom ersten Tag der Erkrankung an angeordnet hat, sollte sie dies dem Betriebsrat sofort mitteilen. Der kann dann entscheiden, wie er reagiert. Schließlich handelt es sich bei den in § 87 BetrVG geregelten Tatbeständen um den Kernbereich der Mitbestimmung des Betriebsrats. Für den Fall, dass der Arbeitgeber dieses Recht nicht beachtet, kann der Betriebsrat vors Arbeitsgericht ziehen.

Sollte der Arbeitgeber gegen Auflagen des Arbeitsgerichts verstoßen, drohen Zwangs- und Bußgelder. Üblicherweise wird der Arbeitgeber gegenüber dem Betriebsrat seine Entscheidung aber begründen.

Hinweis: Betriebsräte, prüft genau, ob in der Maßnahme nicht eine gewisse Willkür steckt oder aber eine Ungleichbehandlung der betroffenen Arbeitnehmer_innen!

Hier ist auch die JAV gefragt – wenn einzelne Azubis betroffen sind oder die komplette Wählerschaft. Sofern es um einzelne Azubis geht, sollten die JAVis das Gespräch mit den Betroffenen suchen, um zu ergründen, warum es in der Vergangenheit zu den kurzfristigen Kurzweizerkrankungen kam.

Vorsicht: Gerade bei sogenannten Brückentagen zwischen Feiertagen versuchen viele, kurzfristig Erholungsurlaub zu erhalten, um ein langes Wochenende zu genießen. Oft bewilligen die Arbeitgeber den kurzfristig beantragten Urlaub nicht. Aus Ärger über diese nicht schöne Entscheidung der Personalverantwortlichen haben Betroffene schon häufig angekündigt, in diesem Falle wohl arbeitsunfähig erkrankt zu sein. Lars und Susanne, passt auf, was ihr sagt! Wer so etwas ankündigt und dann tatsächlich fehlt, kann nicht auf die Gnade der Arbeitsgerichte hoffen: Die Richter_innen werden eine Kündigung für gerechtfertigt halten!

Hinweis: Auch wer sich z. B. urlaubsmäßig im Ausland aufhält, muss den Anzeige- und Nachweispflichten nachkommen, soweit es irgend möglich ist. ▀

Ausbildung besser machen

PlanB: Politik findet in der Jugend- und Auszubildendenversammlung statt, sagt Isabell Senff von der ver.di Jugend.

Welches Problem in eurem Betrieb könnte auch im Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen?

Befristete Arbeitsverhältnisse!

Wie nehmen eure Azubis und jungen Beschäftigten Politik wahr?

Verstaubt, männlich und realitätsfern... Die meisten winken beim Thema Politik ab und haben wenig übrig für den »Politikapparat«. Deshalb ist es umso wichtiger, sie frühzeitig



dafür zu sensibilisieren, sich in politische Entscheidungsprozesse einzumischen und klarzumachen, welche Tragweite politische Entscheidungen haben.

Du kennst die PlanB-Forderungen der Gewerkschaftsju-

gend: Welche Veränderung ist für euch am wichtigsten?


Alle unsere Forderungen sind wichtig und richtig! Es ist allerhöchste Eisenbahn, dass soziale Sicherheit, gerechte Vermögensverteilung und solidarisches Handeln statt Kapitalinteressen und Deregulierung in den Fokus des politischen Geschehens rücken. Für uns ist natürlich die Forderung »Wir wollen Ausbildung besser machen – jetzt« von zentraler Bedeutung: Eine gute Ausbildung bildet den Grundstein für einen guten Einstieg ins Erwerbsleben. Wer dies verkennt, braucht sich nicht wundern, wenn die jüngere Generation ihn nicht wählt.

Wie werdet ihr darüber hinaus aktiv?

Einerseits werden wir auf Betriebs- und Jugend- und Auszubildendenversammlungen auf diese Themen aufmerksam machen. Sie bieten eine adäquate Plattform, um viele unserer Beschäftigten zu erreichen und mit ihnen zu diskutieren. Die Erfahrungen zeigen, dass sie viele Impulse für die Beschäftigten bieten und die ins Nachdenken kommen. Wir haben aber auch gemeinsam mit der DGB-Jugend im Juni einen Politik-Talk durchgeführt. Eingeladen waren alle

Parteien, die gegenwärtig im Bundestag vertreten sind. Wir haben unsere Forderungen klar benannt und die Positionen der Parteien abgefordert.

Wie wichtig ist die Gewerkschaft dabei?

Unsere Gewerkschaft ver.di spielt die zentrale und verbindende Rolle, um unsere Interessen durchzusetzen. Denn nur gemeinsam ist man stark! 

Isabell Senff ist Betriebsratsvorsitzende bei der Deutschen Post AG in Halle und Vorsitzende der ver.di Jugend.

Wir haben den PlanB



In Zeiten zunehmender Polarisierung in der Gesellschaft kündigt

sich ein spannender Bundestagswahlkampf an. Die DGB-Jugend will dafür sorgen, dass die Interessen junger Menschen in den Fokus der Politik geraten. Ihre Forderungen findet ihr auf:

<http://jugend.dgb.de/planb>

Gute Bildung für alle

PlanB: Wir müssen dafür sorgen, dass die Politik wieder ehrlicher wird, sagt Nico Weicht.

Nico, wie nehmen Azubis und junge Beschäftigte Politik wahr?

Mir kommt es so vor, als würden junge Menschen wenig Mitbestimmungsmöglichkeiten und Ehrlichkeit in der Politik sehen – wenn die Parteien im Wahlkampf Äpfel versprechen und hinterher im Koalitionsvertrag oder der Tagespolitik faule Birnen einbringen. Wie zum Beispiel bei der PKW-Maut: Die SPD blieb im Wahlkampf bei ihrem klaren »Nein«, ebenso die CDU – nun kommt sie trotzdem. Das ist nicht gerade vertrauenerweckend und fördert Politikverdrossenheit.

Du kennst die PlanB-Forderungen der Gewerkschaftsjugend: Welche Veränderung ist für euch am wichtigsten?

Der Punkt »Wir wollen Bildung für alle«. Dazu gehören für mich Aus-, Fort- und Weiterbildung. Viele Auszubildende sehen heute im Studium die einzige Aufstiegsmöglichkeit – ein großer Verlust für das Handwerk. Deshalb sollten auch abseits vom Studium Weiterbildungsmaßnahmen besser gefördert werden, zumal man mit guten Aufstiegschancen im Beruf auch Auszubildende besser in der Branche halten kann.

Und dann: Das BAföG sowie die Wohnungsmarktpolitik müssen angepasst werden. Es ist nicht richtig, dass Studierende und Auszubildende auf zusätzliche Jobs angewiesen sind. Auch junge Arbeitnehmer_innen, junge Familien, Geringverdiener_innen und Rentner_innen fallen aus dem aktuellen Wohnungsmarkt einfach raus. Es ist nicht hinnehmbar, dass teilweise 60 bis 70 Prozent des Einkommens für die Miete aufgebracht werden müssen.

Welches Problem in eurem Betrieb könnte auch im Wahlkampf eine Rolle spielen?

Die Rente! In unserem Betrieb gibt es zwei »ältere« Arbeitnehmer, die aufgrund von saisonaler Arbeitslosigkeit nicht in den Genuss der Rente mit 63 kommen können. Aber auch für uns junge Arbeitnehmer ist Alterssicherung ein Thema: Auf dem Bau ist es de facto kaum möglich, bis 67 zu arbeiten. Viele Kolleg_innen leiden unter körperlichen Beschwerden oder müssen sich gar einen anderen Beruf suchen. Parallel sinkt das Rentenniveau stetig, mit Abschlägen durch eine frühere Verrentung droht Altersarmut. Niemand, der sein Leben lang geackert hat, sollte im Alter um seine finanzielle Grundversorgung bangen.


Wie werdet ihr aktiv?

Viele Ziele müssen in einem breiten Bündnis vorgetragen werden, da es Geringverdiener_in-

nen wesentlich schlechter gelingt, Einfluss auf die Politik zu nehmen als finanziell Bestergestellten. Breit aufgestellt kriegen unsere Forderungen auch wieder Gehör, sodass sich die Politik und die oberen zehn Prozent nicht einfach wegducken können. Auch müssten Menschen in unseren Berufen endlich wieder Respekt erfahren. Sei es der Bandarbeiter im Werk, der dein Auto baut, oder die Putzfrau, die täglich unsere Büros sauber macht, oder der einfache Bauarbeiter, der dafür Sorge trägt, dass alle Menschen ein Dach über dem Kopf haben.

Welche Rolle spielt da die Gewerkschaft?

Die Gewerkschaftsbewegung muss Druck auf die Länder machen, damit das Thema »Gewerkschaften« mehr in den allgemeinen Schulen unterrichtet wird. Auch medial muss viel mehr passieren, damit es nicht mehr nur heißt: »ver.di legt den deutschen Flugverkehr lahm.«

Wir müssen rausgehen und der Gesellschaft erklären, warum wir was machen. Wir dürfen uns nicht hinter unserer Arbeit verstecken, wir müssen unsere Forderungen auf die Straße bringen. 



Nico Weicht ist Maurer und engagiert sich in der jungen IG BAU.

Mut zur Solidarität

Der angehende Fliesenleger Asef N. sollte nach Afghanistan abgeschoben werden. Seine Mitschüler_innen verhinderten das. Ein Fall, der für Diskussionen sorgt. Von Cornelia Stenzel und Carlo Kroiß

Am 31. Mai dieses Jahres konnten wir etwas erleben, dass sich in Bayern leider nicht so häufig zeigt: zivilen Ungehorsam. Am frühen Morgen sollte der Nürnberger Berufsschüler Asef N. direkt aus seiner Klasse abtransportiert und am Abend per Flugzeug nach Afghanistan abgeschoben werden. Allerdings machten seine Mitschüler_innen den Verantwortlichen einen gehörigen Strich durch die Rechnung: Mehrere hundert Menschen verließen spontan die Unterrichtsräume, blockierten die Abfahrt der Polizeifahrzeuge und demonstrierten so ihren spontanen Unmut über eine in ihren Augen sinnlose Abschiebung eines bestens integrierten Mitschülers und Freundes in ein Kriegsgebiet. Die Blockaden wurden durch die Polizei gewaltsam geräumt, wobei im anschließenden Tumult sowohl auf Seiten der Po-

lizei als auch der Schüler_innen Verletzte zu beklagen waren.

Die Bilder der protestierenden jungen Menschen verbreiteten sich unterdessen bundesweit über Nachrichten und soziale Medien und lösten einen Sturm der Entrüstung aus. Da es kurz zuvor einen Bombenanschlag mit vielen Toten in der Nähe der deutschen Botschaft in Kabul gegeben hatte, entschloss sich die Bundesregierung, den Abschiebeflug abzusa-gen.

Die Debatte und auch die Proteste in vielen Orten sind aber nicht verebht. Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen positionieren sich aus unterschiedlichen Perspektiven zu diesem Ereignis. Bundesweit werden insbesondere Abschiebungen in das Kriegsgebiet Afghanistan problematisiert. In Bayern gerät vor allem das Verhalten der dortigen Staatsregierung in den Fokus: Diese unterläuft gezielt die sogenannte 3+2-Regelung, die den Abschiebeschutz für Menschen in Ausbildung und weitere zwei Jahre vorsieht. Im Fall von Asef N. argumentiert die bayerische Staatsregierung gar, dieser falle überhaupt nicht unter die 3+2-Regelung, da

seine Ausbildung zum Schreiner im ersten Jahr »nur« schulisch sei und damit gar keine »richtige«, geschützte Ausbildung.

Es gibt inzwischen unzählige Fälle in Bayern, in denen junge Menschen aus Schulen, Ausbildungen oder Arbeit abgeschoben wurden, häufig gegen den Protest lokaler Unterstützer_innen und Freund_innen. Als Gewerkschaftsjugend sind wir in diesen Protesten natürlich präsent und versuchen einerseits unsere Positionen – Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt für Geflüchtete – in die Öffentlichkeit zu tragen. Andererseits wäre es in Bayern bereits ein gewisser Erfolg, wenn sich die Staatsregierung zumindest an die Bundesgesetze halten würde, anstatt zum Zwecke des Wahlkampfes am ganz rechten Rand mit martialischer Härte Abschiebungen zu erzwingen. Hier gilt es jetzt, Druck aufzubauen und zumindest Teilziele wie einen Abschiebeschutz für Menschen in Schule, Ausbildung oder Beruf durchzusetzen.

Vor lauter Ärger über CSU und Wahlkampf darf nicht in Vergessenheit geraten, was wir eigentlich aus dem Fall in Nürnberg lernen

sollten: Es braucht mehr mutige Menschen, die solidarisch zusammenhalten. Und es braucht uns als Gewerkschaftsjugend, um diesen Mut zu unterstützen und zu verbreiten. ▀



Cornelia Frenzel ist Jugendbildungsreferentin beim Verein zur Förderung der Berufe des Bauhauptgewerbes, Region Franken.



Carlo Kroiß ist DGB-Bezirksjugendsekretär in Bayern.

GEW-Leitfaden

Die GEW Bayern hat im Juni hat einen Leitfaden zum Thema »Abschiebungen aus Schulen und Betrieben – Informationen und Hinweise für Beschäftigte im Bildungsbe-reich« veröffentlicht. Er gibt Handlungsempfehlungen für den Fall einer Abschiebung und konkretisiert die Kooperationspflicht von Beschäftigten in Bildungseinrichtungen. ▀

www.gew-bayern.de/Leitfaden_Abschiebung

Welcome Solidarity



Informationen für junge Geflüchtete zu Schulabschlüssen und zur Ausbildung in verschiedenen Sprachen bietet die Online-Plattform »Welcome Solidarity« der DGB-Jugend. Siehe auch unsere Resolution »#Refugees-welcome«. ▀

<http://jugend.dgb.de/refugees>,

<http://jugend.dgb.de/-/pkm>

Aktivposten

Ein Tipp von der **IG BCE-Jugend**: IG BCE und RAG-Stiftung rücken unter dem Titel »Impulse für ein junges Ruhrgebiet« Erleben und die Erwartungen der jungen Generation in den Mittelpunkt. Eines der Projekte mit diesem Anspruch ist »Glückauf Jugend – Kohle für coole Projekte«: Der Tradition des Bergbaus folgend, soll es jene Kinder und Jugendlichen unterstützen, die Rückenwind bei der Bewältigung ihres Alltags benötigen. Jugendzentren in den Bergbauregionen an Ruhr, Saar und Ibbenbüren können Anträge einreichen.

www.glueckauf-zukunft.de

Die finanziellen Ungerechtigkeiten haben in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Das **DGB-Bildungszentrum** bietet folgerichtig eine Tagung zum Thema »Einkommens-

und Vermögensungleichheit und was man dagegen tun kann« an. »Denn so sehr man um die desaströsen Folgen der beispiellosen Konzentration der Einkommens- und Vermögensverteilung in unseren Tagen weiß, so unterentwickelt erscheint die politische Debatte und das politische Wollen in Bezug auf die Frage, was sich dagegen unternehmen lässt«, heißt es bei den DGB-Bildungsarbeiter_innen.

28./29. August 2017. DGB-Tagungszentrum Hattingen. Infos: www.forum-politische-bildung.de/forum/seminar/317093156

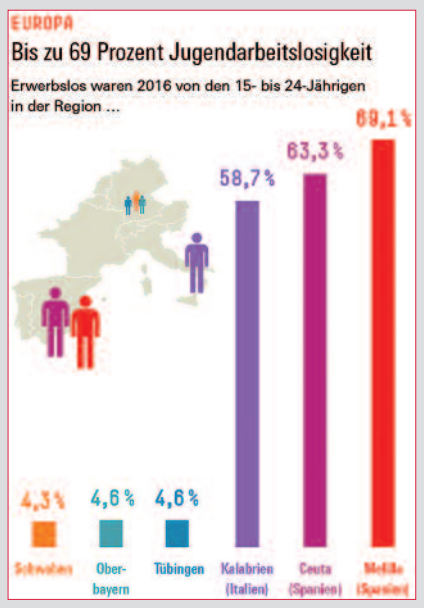
Die **EVG-Jugend** meldet: 520 Azubis in 60 Teams haben beim Wettbewerb »Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt« mitgemacht. Im Juni wurden in Berlin die Preisträger gekürt. Die Projekte beschäftigten sich mit Themen aus

den Bereichen »Soziales Engagement«, »Kulturelle Vielfalt« und »Kollegiales Miteinander«.

Der erste Preis ging an das Team »Blau tragen statt schlagen«: Reisende und DB-Kolleg_innen wurden zu dem Thema »Gewalt gegen Mitarbeiter_innen« sensibilisiert. Den zweiten Platz sicherte sich das Team Actimel. Auch die vier Auszubildenden setzten sich mit Hass und Gewalt am Arbeitsplatz auseinander. Auf Platz drei: Die Gruppe Strong Voice mit dem Projekt »Blutkrebs – Auch Helden brauchen Retter!«. Damit wurden Menschen animiert, sich registrieren und typisieren zu lassen, um blutkrebs-erkrankten Menschen zu helfen, passende Spender_innen zu finden.

www.evg-online.org

Grafik des Monats


Preistipp - coole Projekte gesucht:

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) schreibt den Deutschen Kinder- und Jugendhilfepreis 2018 (Hermine-Albers-Preis) aus. Er wird in den Kategorien Praxis, Theorie und Wissenschaft sowie Medien verliehen. Es winken Preise in Höhe von 4.000 Euro.

Infos: www.agj.de/djhp

Buchtip: Bruno Nette war zwischen 1940 und 1945 Gestapo-Beamter in Bremen. Er organisierte die Deportationen der Juden aus Bremen und Stade. Ex-GEW-Funktionär Bernhard Nette hat das Leben seines Großvaters erforscht. Sein Buch ist der kompromisslos offene Versuch, mit dem schreibtmörderischen Ahnen zu Rande zu kommen.

Bernhard Nette: »Vergesst ja Nette nicht!« Der Bremer Polizist und Judenreferent Bruno Nette, VSA-Verlag, Hamburg 2017, 344 S., 29,80 Euro



Filmipp: Während ihrer Tätigkeit an einer Neuköllner Hauptschule beginnt die Lehrerin Maike Plath, mit »Problemjugendlichen« Theater zu machen - und entdeckt ihre Stärken. Die Arbeit wird zum Erfolg! 2015 wurde der Regisseur Rosa von Praunheim auf das Projekt aufmerksam. Und hat es über viele Monate mit der Kamera begleitet.

»Act! Wer bin ich?« D 2017. Regie: Rosa von Praunheim. Jetzt im Kino.

Arbeits- und sozialrechtliche Beratung für Studierende - Einführung:

Über 60 Prozent der Studierenden müssen neben ihrem Studium arbeiten. Doch an wen wenden sie sich, wenn sie über den Tisch gezogen werden? Na, an uns natürlich! Macht euch fit in Arbeits- und Sozialrecht und werdet Berater_innen!

17. bis 19. September 2017. Hattingen


Hattingen - Seminare

Mit Martin Ströhmeier, Leiter der DGB-Jugendbildung

diesem Seminar vermitteln, wie ihr junge Menschen von gewerkschaftlichen Werten überzeugen könnt. Dabei sein und mitmachen!

22. bis 24. September 2017. Hattingen

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Mit Ansprache aktivieren: Klug argumentieren, authentisch Inhalte rüberbringen und Menschen von unseren Ideen begeistern? Wir wollen euch in

Impressum


Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Manuela Conte

Herausgeber: DGB Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 226

Redaktion: Jürgen Kiontke

E-Mail: juergen.kiontke@dgb.de

Internet: jugend.dgb.de

Druck: PrintNetwork pn / ASTOV Vertriebsgesellschaft mbH

Grafik: Heiko von Schrenk

Aboverwaltung: Daniela Linke, E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf http://jugend.dgb.de/dgb_jugend/material/magazin-soli

Ich möchte monatlich _____ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift

DGB Bundesvorstand
 Abteilung Jugend und Jugendpolitik
 Soli aktuell
 Henriette-Herz-Platz 2
 10178 Berlin